



Koordinierungsstelle

„Perspektiven für junge Menschen“



Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl
am 27. September 2009



Gleiche Chancen für junge Menschen in Ost und West

Abwärtsspirale Abwanderung

Seit 1991 hat Ostdeutschland knapp 1,4 Millionen Menschen verloren – davon 900.000 durch Abwanderung. Die Gruppe der unter 25-Jährigen stellt dabei mit rund 650.000 den größten Anteil. Diese Mobilität ist oftmals Folge eines langwierigen Abwägungs- und Entscheidungsprozesses aufgrund mangelnder sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Perspektiven. Verstärkt durch die demografische Entwicklung und wirtschaftliche Schwäche zeichnet sich in Ostdeutschland mehr denn je die Verödung ganzer Regionen ab.

Wir fragen:

- Mit welchen Konzepten berücksichtigt Ihre Partei die Tatsache, dass der demografische Wandel in Ostdeutschland nicht nur durch eine höhere Lebenserwartung und Geburtenrückgang, sondern insbesondere durch Abwanderung gekennzeichnet ist?
- Wird Ihre Partei den Anspruch gleicher Lebenschancen für alle Menschen unabhängig von der in Artikel 72 GG formulierten Aufgabe des Bundes (Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse) als gesellschaftliches Leitziel weiter aufrechterhalten?
- Die schwächere Geburtenrate und der Fortzug junger Menschen haben bereits zu einem Fachkräftemangel in Ostdeutschland geführt. Unterstützt Ihre Partei Maßnahmen, die geeignet sind, den Rückzug von Fachkräften zu befördern?
- Der Osten wird in der Öffentlichkeit vor allem defizitär wahrgenommen: Demokratie, Demografie, Wirtschaft – die neuen Länder gelten als ein Ort, in dem Mangel vorherrscht. Dieses Image befördert die Abwanderungsneigung junger Menschen. Wie wird ihre Partei auf die negative Darstellung und Wahrnehmung des Ostens eingehen? Gibt es Konzepte für eine Imagestärkung?
- Welche Anreize hält Ihre Partei für geeignet, um jungen Menschen Bleibeperspektiven oder Rückkehroptionen in ihrer Heimat zu eröffnen?
- Welche Bedeutung misst Ihre Partei dabei den sogenannten weichen Haltefaktoren bei und in welcher Art fließen diese in Ihre Bemühungen ein, Fachkräfte in der Region zu halten?
- Welche geschlechterspezifischen Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um vor allem die mehrheitlich abwandernden jungen Frauen anzusprechen und ihnen Anreize zum Bleiben zu bieten?
- Wie steht Ihre Partei zu Empfehlungen, wie sie beispielsweise in der Studie „Demografischer Wandel – Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder“ unterbreitet wurde, nach der „verlorene Regionen“ nicht weiter gefördert werden sollten, weil sie niemals die Standards des Bundesdurchschnitts erreichen werden?
- Plant Ihre Partei für die kommende Legislatur die Entwicklung eines Gesamtkonzepts, das Maßnahmen und Lösungsansätze von Bund, Ländern, Gemeinden, Institutionen und Vereinen vor Ort, Wirtschaft und Kirche sowie Bürgerinnen und Bürgern vereint, um die Abwärtsspirale im Osten zu stoppen?





Demokratie und gesellschaftliche Mitverantwortung stärken

Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Eine Demokratie, die unter Teilhabe lediglich die Beteiligung an Wahlen versteht, ignoriert das Potenzial zur Bereitschaft, gesellschaftliche Mitverantwortung zu übernehmen, wie es unter anderem in den Freiwilligensurveys nachgewiesen wurde. Der letzte Freiwilligensurvey hat gezeigt, dass junge Menschen zwischen 14 und 24 Jahren eine der öffentlich aktivsten Gruppen der Bevölkerung mit einer stabilen Engagementquote und einem besonders hohen Engagementpotenzial sind. Zusätzlich zu den 36 Prozent der bereits Engagierten würden sich weitere 43 Prozent engagieren, wenn sie wüssten, wo und wie Engagement möglich ist.

Wir fragen:

- Mit welcher Strategie fördert Ihre Partei das auffällig hohe Engagementpotenzial in Ostdeutschland?
- Plant Ihre Partei konkrete Maßnahmen, um die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu verbessern?
- Plant Ihre Partei beispielsweise die Einrichtungen von Koordinierungs- und Anlaufstellen vor allem in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands?
- Wie geht Ihre Partei auf die Engagementpolitische Agenda ein, die vom Nationalen Forum für Engagement und Partizipation erarbeitet und am 16. Juni an die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend übergeben wurde?
- Inwieweit plant Ihre Partei, Kinder und Jugendliche bei der Planung und Umsetzung der sie betreffenden Vorhaben einzubeziehen bzw. sie aktiv zu beteiligen?
- In den neuen Ländern erfolgt die Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit vor allem auf der Grundlage einer oftmals auf kurze Zeiträume angelegten Projektfinanzierung mit unsicherer personeller Ausstattung. Wie wird Ihre Partei die freien Träger der Jugendarbeit und die Jugendverbände in Ostdeutschland dabei unterstützen, ein bedarfsgerechtes Angebot an Freizeitgestaltungs-, Bildungs- und Engagementmöglichkeiten nachhaltig und fachlich kompetent vorzuhalten?
- Folgen der Perspektivlosigkeit, der höheren Armut und (Jugend)Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sind vergleichsweise niedrigere Beteiligungen an Wahlen und die deutliche Neigung zur Zustimmung (rechts)extremen Gedankenguts und der Wahl von (rechts)extremen Parteien. Mit welchen Konzepten reagiert Ihre Partei darauf, dass Parteien wie DVU und NPD oder deren Vorfeldorganisationen bzw. andere Kräfte ähnlicher Gesinnung in die Räume drängen, die von einer demokratischen Kinder und Jugendarbeit nicht mehr gefüllt werden können?

